

Wissenschaft und Kultur den Einfluß der Arbeiterklasse zu erhöhen und insbesondere das Bündnis mit der Intelligenz zu festigen.

Besondere Aufmerksamkeit richtete die SED in dem mit dem Übergang zur zentralen Wirtschaftsplanung eingeleiteten neuen Abschnitt der revolutionären Umwälzung darauf, die Staatsmacht zu stärken. Geleitet von der marxistisch-leninistischen Staatslehre, gestützt insbesondere auf W. I. Lenins Werk „Staat und Revolution“, erläuterte die Erste Staatspolitische Konferenz der SED in Werder (Havel) am 23./24. Juli 1948 die wesentlichen Aufgaben der staatlichen Leitung zur Erfüllung des Wirtschaftsplanes und zur Erweiterung der Demokratie.

Die SED kämpfte darum, den Massenorganisationen, vor allem den Gewerkschaften, größeren Einfluß in den staatlichen Organen einzuräumen und konsequent den demokrati-

schen Zentralismus durchzusetzen. Die politische und soziale Zusammensetzung der Mitarbeiter der staatlichen Organe veränderte sich weiter zugunsten der Arbeiterklasse. Der Staatsapparat konzentrierte seine Tätigkeit auf die Bewältigung der Aufgaben des Zweijahrplanes und die Erhöhung der Wirksamkeit der Volksvertretungen. Neben der Deutschen Wirtschaftskommission, die verstärkt die Funktion eines zentralen staatlichen Führungsorgans ausübte, wirkten in gleicher Weise auch die Zentralverwaltungen für Inneres, Justiz und Volksbildung. Unschätzbare Hilfe vielfältiger Art erwiesen die Sowjetunion und die Partei Lenins.

Zum Schutze der revolutionären Errungenschaften vor konterrevolutionären Elementen, bewaffneten Provokationen und Verbrechen wurde begonnen, Bereitschaften der Volkspolizei aufzubauen und auszubilden.

neuen Ordnung, die Freundschaft zur Sowjetunion und zu den volksdemokratischen Staaten zum Kernstück der gemeinsamen Politik erklärt. Anknüpfend an die bisherigen Ergebnisse ihrer Bündnispolitik, rang die SED zugleich darum, die Volkskongreßbewegung zu einer höheren, umfassenderen Form des Zusammenschlusses aller politischen Kräfte um die Arbeiterklasse und ihre Partei, zu einer breiten nationalen Front zu entwickeln.

Als der Deutsche Volksrat und das Deutsche Komitee der Kämpfer für den Frieden zum Friedenstag am 1. September 1949 aufriefen, bekundeten etwa sechs Millionen Menschen auf vielfältige Weise ihre Entschlossenheit, gegen die imperialistische Aggressionspolitik, für Frieden und Völkereundschaft, für die Freundschaft insbesondere zur Sowjetunion einzutreten. Das widerspiegelte, daß die Partei die Verbindungen zu den Volksmassen festigen und erweitern konnte. Die Kundgebungen bildeten den Auftakt zu der rasch anschwellenden Massenbewegung für die Gründung eines deutschen Staates der Arbeiter und Bauern.

Geführt von der SED, schufen so die Arbeiterklasse und andere Werktätigen die Voraussetzungen für die Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht. Die Schaffung einer zentralen Staatsmacht der Arbeiter und Bauern war jetzt zu einem objektiven Erfordernis geworden, um den revolutionären Umwälzungsprozeß konsequent weiterzuführen. Sie war notwendig, um die internationalen Positionen des Sozialismus zu festigen.

Dr. sc. Hans-Joachim Krusch

- 1) Erich Honecker, Reden und Aufsätze, Bd. 4, Berlin 1977, S. 293
- 2) Dokumente der SED, Bd. II, Berlin 1952, S. 74
- 3) W. I. Lenin, Werke, Bd. 29, S. 416

Für den Zusammenschluß aller politischen Kräfte

Von großer Bedeutung für die Fortführung der revolutionären Umwälzung war, daß sich die im Kampf gegen die imperialistische Spaltungspolitik entstandene Volkskongreßbewegung unter Führung der SED in wachsendem Maße auf die Stärkung der Volksmacht in der sowjetischen Besatzungszone orientierte. In offensiver Auseinandersetzung mit der von den imperialistischen Machthabern und rechtssozialdemokratischen Kreisen in den Westzonen und Westberlin betriebenen antikommunistischen und revanchistischen Hetze gelang es der Partei, gemeinsam mit dem FDGB, der FDJ und den anderen Massenorganisationen, mit der DBD und NDPD sowie den progressiven Kräften in der CDU und LDPD, durch beharrliche Überzeugungsarbeit die Mehr-

heit der Bevölkerung für die Ziele des Deutschen Volkskongresses zu gewinnen.

Der aus allgemeinen, direkten und geheimen Wahlen im Mai 1949 hervorgegangene 3. Deutsche Volkskongreß stimmte der Verfassung für eine deutsche Republik zu. Diese beruhte auf einem von der SED ausgearbeiteten Entwurf und war in einer breiten demokratischen Aussprache von den Werktätigen beraten worden. Immer mehr übernahm der auf dem 3. Deutschen Volkskongreß gewählte Deutsche Volksrat die Aufgaben einer zentralen Volksvertretung.

Im August 1949 beschloß auf Initiative der SED der zentrale Ausschuß des Demokratischen Blocks neue politische und organisatorische Grundsätze der Zusammenarbeit. Darin wurden die Festigung der